Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Ulrike Schielke-Ziesing, Uwe Witt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/31663 –**

Entlohnung in der Alten- und Krankenpflege (Entgeltstatistik 2020)

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Jahr 2018 arbeiteten 30,1 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor bzw. im unteren Entgeltbereich (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/21096, Tabelle 17). In Westdeutschland lag der Anteil bei 26,3 Prozent und in Ostdeutschland bei 45,3 Prozent (ebd.).

Im Jahr 2019 hat sich die Situation nur geringfügig verbessert. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Altenpfleger in Deutschland im Niedriglohnsektor liegt bei 28,3 Prozent (ebd.). Sie verdienen damit weniger als zwei Drittel des mittleren Einkommens, das bei 2 778 Euro liegt (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 16 und Tabelle 17 auf Bundestagsdrucksache 19/21096). Dabei bestehen große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. In Westdeutschland liegt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten bei 25,3 Prozent und in Ostdeutschland bei 40,7 Prozent (ebd.).

Den geringsten Anteil an Altenpflegern im Niedriglohnsektor hat Nordrhein-Westfalen mit 19,3 Prozent, gefolgt von Hamburg (21,2 Prozent) und Baden-Württemberg (22 Prozent) (ebd. Tabelle 17). Den höchsten Anteil hat Sachsen-Anhalt mit 45,6 Prozent, gefolgt von Sachsen (42,4 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (40,1 Prozent) (ebd.). Von niedrigen Löhnen besonders betroffen sind Helfer in der Altenpflege. Hier arbeiten insgesamt 58 Prozent im Niedriglohnsektor (ebd.). Im Osten liegt der Anteil sogar bei 78,5 Prozent (ebd.).

Betrachtet man die Anzahl der Beschäftigten differenziert nach Herkunft, so zeigt sich, dass 25,6 Prozent der vollzeitbeschäftigten deutschen Altenpfleger im Niedriglohnsektor arbeiten, aber 42,6 Prozent der Ausländer (vgl. Tabelle 18 auf o. g. Bundestagsdrucksache 19/21096). Am höchsten ist der Anteil bei EU-Ausländern mit 46,4 Prozent. Bei sonstigen Drittstaatsangehörigen beträgt der Anteil 39,1 Prozent (ebd. Tabelle 8).

In Ostdeutschland liegt der Anteil der deutschen Altenpfleger im Niedriglohnsektor bei 39 Prozent (ebd.). Bei ausländischen Pflegekräften beträgt dieser Anteil sogar 61,5 Prozent (ebd. Tabelle 18). Die Zahl der Pflegebedürftigen ist bundesweit im Zeitraum 2013 bis 2017 um 30 Prozent gestiegen (von 2,6 Millionen auf 3,4 Millionen; ebd. Tabelle 20). In Ostdeutschland fiel der Anstieg

mit 30,1 Prozent etwas stärker als in Westdeutschland mit 29,8 Prozent (ebd.). Ende 2019 arbeiteten 619 038 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Altenpflege (West: 477 324/Ost: 141 648; ebd. Tabelle 1).

Vorbemerkung der Bundesregierung

In der Bundesregierung besteht Einigkeit darüber, dass in der Altenpflege die Entlohnung nach Tarif gestärkt werden soll. So formuliert es auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 7. Februar 2018. Mit zahlreichen Maßnahmen wurde auf die schwierige Situation der beruflich Pflegenden und deren Arbeitsbedingungen im Krankenhaus und in der Altenpflege reagiert. So wurden im Juni 2019 in der Konzierten Aktion Pflege (KAP) zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen insbesondere in der Altenpflege vereinbart, die bereits umgesetzt wurden oder sich aktuell noch in der Umsetzung befinden. Hierzu zählt insbesondere auch die Verbesserung der Entlohnungsbedingungen. Der Umsetzungsstand der Maßnahmen kann dem ersten KAP-Umsetzungsbericht vom November 2020 entnommen werden. Dieser enthält zudem Informationen über die dazu erfolgte Gesetzgebung: Konzierte Aktion Pflege (bundesgesundheitsministerium.de). Im Sommer 2021 wird ein zweiter Bericht veröffentlicht, der den aktuellen Stand zur Umsetzung der KAP wiedergibt. Darüber hinaus wurden mit dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) Regelungen für eine Entlohnung nach Tarif in der Altenpflege getroffen.

1. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung das Medianentgelt in den Berufshauptgruppen (KldB, 2010, 3-Steller)
 - a) 813 – Gesundheits- und Krankenpflege und
 - b) 821 – Altenpflege

in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018, 2019 und 2020 (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern, Bundesländern, Anforderungsniveau: Helfer, Fachkraft, Spezialist, Experte, Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Personen aus den Westbalkanstaaten und Personen aus den Top-8-Asylherkunfts ländern getrennt ausweisen sowie hierzu bitte jeweils auch den absoluten sowie relativen Median-Entgeltunterschied zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit ausweisen und jeweils die absolute und relative Veränderung von 2015 auf 2020 angeben)?
2. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl sowie der Anteil der Beschäftigten, die in der in der Berufshauptgruppe (KldB, 2010, 3-Steller)
 - a) 813 – Gesundheits- und Krankenpflege und
 - b) 821 – Altenpflege

in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018, 2019 und 2020 Niedriglohn bezogen haben (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern, Bundesländern, Anforderungsniveau: Helfer, Fachkraft, Spezialist, Experte, Staatsangehörigkeit: Deutsche, Ausländer, EU-Ausländer, Drittstaatsangehörige, Personen aus den Westbalkanstaaten und Personen aus den Top-8-Asylherkunfts ländern getrennt ausweisen und jeweils die absolute und relative Veränderung von 2015 auf 2020 angeben)?

Die Fragen 1a, 1b, 2a und 2b werden gemeinsam beantwortet.

Als Grundlage für die Beantwortung der Fragen zum Medianentgelt sowie zu den Beschäftigten im unteren Entgeltbereich wurde das Merkmal „Entgelt“ aus

der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit herangezogen. Zum methodischen Hintergrund verweist die Bundesregierung auf die Vorbemerkung ihrer Antwort zur Kleinen Anfrage „Entgeltunterschiede zwischen Deutschen und Ausländern (Entgelt- und Beschäftigungsstatistik 2019)“ vom 10. September 2020 (Bundestagsdrucksache 19/22312). Auswertungen für das Merkmal „Entgelt“ liegen bis zum Jahr 2020 vor.

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit erzielten sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe in Berufen der Berufsgruppe 813 „Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe“ der Klassifikation der Berufe (KldB 2010) im Jahr 2020 ein mittleres Bruttomonatsentgelt (Median) in Höhe von 3 610 Euro. Ein Entgelt im unteren Entgeltbereich erzielten rund 48 000 bzw. 9,4 Prozent der Vollzeitbeschäftigte dieser Berufsgruppe.

Das Medianentgelt sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigter der Kerngruppe in der Berufsgruppe 821 „Altenpflege“ der KldB 2010 betrug im Jahr 2020 2 912 Euro. Ein Entgelt im unteren Entgeltbereich erzielten rund 54 000 bzw. 25,1 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in den Berufen der Altenpflege.

Weitere Ergebnisse können den Tabellen 1 bis 4 im Anhang* entnommen werden.

3. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt, im Bereich des Gesundheitswesens sowie im Bereich der Gesundheits- und Altenpflege je Erwerbstätigen in den Jahren 2015, 2017, 2018, 2019 und 2020 jeweils entwickelt (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern, Bundesländern getrennt ausweisen)?

Die IAB-Arbeitszeitrechnung (IAB-AZR) weist das Arbeitsvolumen und die tatsächlich geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen aus. Die Daten werden regelmäßig aktualisiert und auf der Internetseite des IAB veröffentlicht. Die Zeitreihen können unter folgendem Link abgerufen werden: www.iab.de/de/daten/iab-arbeitszeitrechnung.aspx. Aufgrund von Revisionen können aktuelle Zeitreihen von zuvor veröffentlichten abweichen.

Nach Angaben der IAB-AZR betrug im Jahr 2020 die Jahresarbeitszeit in der Wirtschaftsabteilung 86 „Gesundheitswesen“ der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) 1 330 Stunden, während insgesamt die tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen 1 331 Stunden betrug.

Weitere Ergebnisse können der nachfolgenden Tabelle A entnommen werden. Eine darüberhinausgehende wirtschaftsfachliche oder regionale Differenzierung ist auf Basis der IAB-AZR nicht möglich.

* Von einer Drucklegung der Tabellen wird abgesehen. Diese sind auf Bundestagsdrucksache 19/32064 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Tabelle A: Tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen im Gesundheitswesen sowie in der Gesamtwirtschaft – Deutschland, Jahre 2015, 2017 bis 2020

Jahr	Deutschland	
	Gesundheitswesen	Wirtschaft insgesamt
	Std.	Std.
2015	1 380	1 401
2017	1 368	1 389
2018	1 366	1 387
2019	1 372	1 383
2020	1 330	1 331

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung, Stand: Mai 2021

Die Berechnung der Erwerbstätigen und des Arbeitsvolumens auf Ebene der Bundesländer wird durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) durchgeführt. Diese länderspezifischen Ergebnisse basieren auf den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten zum Arbeitsvolumen der IAB-AZR, können aber von diesen abweichen.

Ergebnisse des AK-ETR zur tatsächlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen liegen nach Bundesländern für den Wirtschaftszweig „Öffentliche und soziale Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ (Wirtschaftsabteilungen 84 bis 98 der WZ 2008) sowie für die Gesamtwirtschaft vor und können der Tabelle 5 im Anhang* entnommen werden.

- Wie viele Pflegebedürftige gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 sowie aktuell (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern, Bundesländern getrennt ausweisen und dazu jeweils die relative Veränderung von 2015 auf 2021 – letzte verfügbare Daten – ausweisen)?

Die Pflegestatistik des Statistischen Bundesamts wird in zweijährigem Abstand veröffentlicht und erschien zuletzt für das Jahr 2019. Die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2019 sowie die relative Veränderung gegenüber dem Jahr 2015 sind der nachstehenden Tabelle B zu entnehmen. Für die Jahre 2015 und 2017 wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 19 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/21684 verwiesen.

Im Übrigen sind die Ergebnisse der Pflegestatistik über die Homepage des Statistischen Bundesamtes öffentlich zugänglich (Pflege – Deutschlandergebnisse – Statistisches Bundesamt (destatis.de)).

Tabelle B: Anzahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2019 und im Vergleich zum Jahr 2015

	2019	relative Veränderung 2019 zu 2015
Deutschland	4 127 605	44,31 %
Baden-Württemberg	471 913	43,75 %
Bayern	491 996	41,28 %
Berlin	158 482	36,12 %

* Von einer Drucklegung der Tabelle wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/32064 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

	2019	relative Veränderung 2019 zu 2015
Brandenburg	153 971	37,97 %
Bremen	34 576	39,49 %
Hamburg	77 325	46,87 %
Hessen	310 653	38,95 %
Mecklenburg-Vorpommern	102 996	30,14 %
Niedersachsen	456 255	43,67 %
Nordrhein-Westfalen	964 987	51,23 %
Rheinland-Pfalz	202 708	53,24 %
Saarland	55 318	45,61 %
Sachsen	250 812	50,37 %
Sachsen-Anhalt	129 672	30,82 %
Schleswig-Holstein	130 349	45,76 %
Thüringen	135 592	43,82 %
„neue“ Bundesländer (inkl. Berlin)	931 525	39,58 %
„alte“ Bundesländer	3 196 080	45,74 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

- Hat die Bundesregierung seit 2017 Maßnahmen ergriffen, um die Entlohnung im Pflegebereich zu verbessern, und wenn ja, welche (bitte die Maßnahmen jeweils benennen), und wenn ja, wie haben sich die Maßnahmen auf die Entlohnungssituation konkret ausgewirkt?

Im Bereich der Alten- bzw. Langzeitpflege gilt auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes bereits seit August 2010 ein spezieller Pflegemindestlohn, der seit dem 1. Januar 2015 auch für die ambulante Krankenpflege gilt.

Mit der aktuellen Vierten Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche (4. PflegeArbbV) vom 22. April 2020 steigt

- der Mindestlohn für ungelernte Pflegehilfskräfte bis zum 1. April 2022 in vier Schritten spürbar auf 12,55 Euro/Stunde einheitlich in Ost- und Westdeutschland.
- Für einjährig qualifizierte Pflegehilfskräfte steigt der Lohn ebenfalls in vier Schritten zum 1. April 2022 bundeseinheitlich auf 13,20 Euro/Stunde.
- Ab dem 1. Juli 2021 gibt es zudem erstmals einen Mindestlohn für Pflegefachkräfte in Höhe von 15 Euro/Stunde, der zum 1. April 2022 nochmals auf 15,40 Euro/Stunde steigt.

Bereits am 29. November 2019 ist das Pflegelöhneverbesserungsgesetz in Kraft getreten, das verschiedene Änderungen zur Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen für die Altenpflege im Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vorsieht:

Mit dem Gesetz wird zum einen der bereits bestehende Weg zur Festlegung verbindlicher Lohnuntergrenzen durch Rechtsverordnung des BMAS auf Empfehlung der Pflegekommission novelliert. Unter anderem sieht das Gesetz vor, dass die Pflegekommission künftig dauerhaft eingerichtet wird (mit fünfjähriger Amtszeit). Ferner gibt das Gesetz vor, dass künftig eine Differenzierung der empfohlenen Mindestentgelte nach Qualifikation und/oder Art der Tätigkeit vorgesehen werden soll. Dadurch sollen insbesondere Pflegefachkräfte besser-

gestellt werden. Die Handlungsfähigkeit der Pflegekommission wird auch insoweit gestärkt, als die Beschlussfähigkeit nicht mehr die Anwesenheit aller Mitglieder oder ihrer Stellvertreter verlangt.

Zum anderen wird mit dem Gesetz ein zweiter Weg zur Festsetzung verbindlicher Lohnuntergrenzen im AEntG vorgesehen: die Erstreckung eines Tarifvertrags auf die Pflegebranche. Besonderheit dieses Weges – im Vergleich zur Möglichkeit der Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen in anderen Branchen auf Grundlage des AEntG – sind vor allem spezielle Regelungen zur Einbeziehung des kirchlichen Bereichs in das Verfahren. Die besondere Berücksichtigung des kirchlichen Bereichs ist vor dem Hintergrund der großen Bedeutung des kirchlichen Bereichs in der Pflege und der verfassungsrechtlich geschützten Befugnis der Kirchen, ihre Belange eigenständig zu regeln, angezeigt.

Um eine Zahlung nach Tarif in der Altenpflege weiter zu stärken, wurde durch das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) im Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) geregelt, dass eine Pflegeeinrichtung ab dem 1. September 2022, um als solche zugelassen zu sein, entweder selbst tarifgebunden sein oder – wenn sie das nicht ist – ihre Pflege- und Betreuungskräfte mindestens in Höhe eines in der Region anwendbaren Pflege-Tarifvertrags entlohnen muss. Kirchliche Arbeitsrechtsregelungen werden in der neuen Regelung wie Tarifverträge behandelt.

Darüber hinaus hat der Gesetzgeber bereits in der 18. Legislaturperiode durch das Erste und das Dritte Pflegestärkungsgesetz geregelt, dass ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungsbetreiber bei Zahlung von Löhnen bis zur im angewendeten Tarifvertrag vorgesehenen Höhe Anspruch auf eine vollständige Finanzierung dieser Kosten nach dem SGB XI haben. Auch im Bereich der häuslichen Krankenpflege nach dem SGB V wurde mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG) geregelt, dass Krankenkassen die Zahlung tariflicher Vergütungen nicht als unwirtschaftlich ablehnen dürfen.

Mit dem PpSG wird auch die Situation der Pflegekräfte im Krankenhaus verbessert. Durch dieses Gesetz wurde das mit dem Krankenhausstrukturgesetz eingeführte Pflegestellen-Förderprogramm für das Jahr 2019 bedarfsgerecht weiterentwickelt und ausgebaut: jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle am Bett wurde vollständig durch die Kostenträger refinanziert. Seit dem Jahr 2020 werden die Personalkosten für die „Pflege am Bett“ über ein sogenanntes Pflegebudget finanziert und damit unabhängig von den Fallpauschalen vergütet. Die Pflegebudgets werden zwischen Krankenhäusern und Kostenträgern vor Ort vereinbart und berücksichtigen die krankenhausesindividuelle Pflegepersonalausstattung und die Pflegepersonalkosten des Krankenhauses für die Pflege am Bett. Im Rahmen des Pflegebudgets werden auch pflegeentlastende Maßnahmen in Höhe von bis zu vier Prozent des Pflegebudgets durch die Kostenträger finanziert, z. B. wenn Krankenhäuser zur Verbesserung des Betriebsablaufs Aufgaben wie die Essensausgabe oder den Wäschedienst vom Pflegepersonal auf andere Personalgruppen übertragen. Auch tarifvertraglich vereinbarte Einmalzahlungen oder tarifvertraglich vereinbarte Boni, die Krankenhäuser ihrem Pflegepersonal in der unmittelbaren Patientenversorgung mit direktem Arbeitsverhältnis zahlen, werden von den Kostenträgern im Rahmen des Pflegebudgets refinanziert. Für die Refinanzierung einer über die tarifvertragliche Vereinbarung hinausgehenden Vergütung über das Pflegebudget bedarf es eines sachlichen Grundes, der von dem Krankenhaus gegenüber den Kostenträgern im Rahmen der jährlichen Budgetvereinbarung darzulegen ist.

Anstelle der bisherigen hälftigen Refinanzierung der linearen Tarifsteigerungen werden für die Krankenpflegekräfte bei Überschreitung der Obergrenze seit dem Jahr 2018 die linearen und strukturellen Tarifsteigerungen in voller Höhe

bei einer Tarifierfinanzierung über den Landesbasisfallwert berücksichtigt. Für Krankenpflegekräfte, die nicht in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen eingesetzt sind, gelten diese Regelungen zur Tarifierfinanzierung weiter. Die Tarifsteigerungen für Pflegekräfte in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen werden stattdessen seit der Einführung des Pflegebudgets im Jahr 2020 vollständig krankenhausindividuell von den Kostenträgern finanziert. Zudem sieht das PpSG die Förderung von Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf sowie die umfassende Refinanzierung der Ausbildungsvergütungen in der Krankenpflege, der Kinderkrankenpflege und der Krankenpflegehilfe als deutlichen Anreiz zur Schaffung höherer Ausbildungskapazitäten vor.

Bei der aktuellen Entwicklung der Löhne und Gehälter in der Altenpflege zeigt sich grundsätzlich ein positiver Trend: Die mittleren Bruttoentgelte (Median) für in Vollzeit tätige Fachkräfte in der Altenpflege (gem. Berufsgruppe 821 „Altenpflege“ der KldB 2010) sind nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (vgl. Antwort zu Frage 1a und Tabelle 1 im Anhang) von Beginn der Legislaturperiode bis 2020 um 15,6 Prozent auf durchschnittlich 3 176 Euro pro Monat gestiegen. Der Median der Bruttoentgelte für in Vollzeit tätige Fachkräfte in der Berufsgruppe 813 „Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe“ der KldB 2010 ist zwischen 2017 bis 2020 um 9,8 Prozent auf 3 638 Euro pro Monat gestiegen. Auch die monatlichen Bruttoentgelte von Pflegehilfskräften sind in diesem Zeitraum in jeweils vergleichbarem Umfang gestiegen, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Damit ist in diesem Zeitraum der Anstieg der Bruttoentgelte in Berufen der Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege deutlich stärker ausgefallen als in der Gesamtwirtschaft, mit einem Anstieg von insgesamt 6,8 Prozent über alle Berufe. Zu berücksichtigen ist, dass sich die Analysen, die den obigen Angaben zugrunde liegen, aus methodischen Gründen auf die Bruttoentgelte von Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) beschränken – wobei nach der Pflegestatistik weniger als ein Drittel der Beschäftigten in der Altenpflege in Vollzeit arbeitet.

6. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für den im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich höheren Anteil von Pflegekräften im Niedriglohnssektor in den neuen Bundesländern (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/21096)?
 - a) Wie bewertet die Bundesregierung diese Entgeltunterschiede mit Blick auf die Attraktivität des Pflegeberufs und die Wahrscheinlichkeit, Fachkräfte für diesen Mangelberuf zu gewinnen?
 - b) Hat die Bundesregierung seit 2017 Maßnahmen ergriffen, um die unterschiedliche Entlohnung anzugleichen, wenn ja, welche (bitte die Maßnahmen jeweils konkret benennen), und wie haben sich ggf. die Maßnahmen ausgewirkt?
 - c) Welche Auswirkungen hatten die Entgeltunterschiede nach Kenntnis der Bundesregierung auf eine mögliche Abwanderung von Pflegekräften aus den neuen Bundesländern (bitte die Effekte beschreiben und wo möglich quantifizieren)?

Die Fragen 6a bis 6c werden gemeinsam beantwortet.

Die Entlohnung spielt bei der Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs eine wesentliche Rolle. Aus diesem Grund wurden in der laufenden Legislatur eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern sollen. Zu den Maßnahmen der Bundesregierung wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Insbesondere der Pflegemindestlohn, der ab dem 1. September 2021 für Hilfskräfte und seit 1. Juli 2021 für Fachkräfte auf ein bundeseinheitliches Niveau festgelegt ist, wird zu einer Angleichung zwischen den neuen und den alten Bundesländern führen. Zudem dürften auch die Regelungen zur Zahlung nach Tarif im GVWG zu einer weiteren Angleichung beitragen, da die Tarifbindung in den neuen Bundesländern bislang geringer ist.

Zur Abwanderung von Pflegekräften aus den neuen Bundesländern liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

7. Verfügt die Bundesregierung über Handlungsoptionen, um die Entgeltunterschiede in den Pflegeberufen zwischen den alten und den neuen Bundesländern abzubauen, und wenn ja, welche?

Grundsätzlich obliegt die Festlegung von Löhnen und Gehältern in Deutschland – auf kollektiver Ebene – im Rahmen der gesetzlich garantierten Tarifautonomie (Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes) den Sozialpartnern, also den Arbeitgebern/Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Auch die Schaffung angemessener sonstiger Arbeitsbedingungen ist danach grundsätzlich Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Sie verfügen über die erforderliche Sachnähe und Kenntnis ihrer Branche, um Entgelte und übrige Arbeitsbedingungen praxisnah und sachgerecht auszuhandeln. Aufgrund dieser verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien (und der allgemeinen Vertragsfreiheit auf einzelvertraglicher Ebene) ergreift der Staat hinsichtlich der Arbeitsbedingungen grundsätzlich lediglich Maßnahmen zur Sicherung von Mindeststandards. Die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 stellt beispielsweise eine solche Maßnahme dar. Zu den Maßnahmen, die die Bundesregierung ergriffen hat, wird auf die Antwort zu den Fragen 5 und 6 verwiesen.

8. Plant die Bundesregierung, innerhalb ihres Handlungsbereichs konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Entgeltunterschiede in den Pflegeberufen zwischen den alten und den neuen Bundesländern abzubauen, und wenn ja, welche?

Die Bundesregierung plant nach derzeitigem Stand in dieser Legislaturperiode keine weiteren gesetzlichen Maßnahmen in diesem Bereich. Sie wird aber die nun erforderliche untergesetzliche Umsetzung der vom Gesetzgeber beschlossenen Maßnahmen durch die Pflege-Selbstverwaltung intensiv begleiten.

9. Wie viele Beschäftigte in den Pflegeberufen erhielten nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2015 bis 2020 weniger als den gesetzlichen Mindestlohn (bitte nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern, Bundesländern getrennt ausweisen und dazu jeweils die relative Veränderung von 2015 auf 2020 ausweisen)?

Das Statistische Bundesamt erhebt seit 2015 jährlich im Rahmen der Verdiensterhebung Daten über die Wirkung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Verdienste und Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten. Die Ergebnisse dieser Erhebungen erlauben jedoch keine detaillierten Auswertungen für einzelne Berufsgruppen.

Hilfswise wurden durch das Bundesamt in einer Sonderauswertung Pflegeberufe anhand der Berufshauptgruppe „81 Medizinische Gesundheitsberufe“ nach KldB 2010 auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2018 untersucht. Die Aus-

wertung zeigt, dass eine Beschäftigung unter Mindestlohn bei Pflegeberufen statistisch signifikant nicht nachgewiesen werden kann.

- a) Kann die Bundesregierung die Aussage des Vorstands der Deutschen Stiftung Patientenschutz zum „Mindestlohn“-Urteil des Bundesarbeitsgerichts (nachfolgend: BAG) zu sog. 24-Stunden-Pflegekräften (Az. 5 AZR 505/20 vom 24. Juni 2021) bestätigen, dass „zurzeit mindestens 100 000 ausländische Helfer offiziell in deutschen Haushalten zur Betreuung und Pflege beschäftigt sind, sowie weitere 200 000 ausländische Pflege- und Betreuungspersonen ohne schriftliche Vereinbarung“ (<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/bag-auslaendische-pflegekraefte-koennen-jetzt-auf-mindestlohn-pochen>; bitte ggf. genaue Zahlen angeben bzw. begründen, warum nicht)?
- c) Liegen der Bundesregierung Kenntnisse zum Anteil der sog. 24-Stunden-Pflege im Bereich der häuslichen Pflege in den Jahren 2015 bis 2020 vor (bitte ggf. jeweils nach Bund, neuen Bundesländern, alten Bundesländern und getrennt dazu die jeweilige Veränderung aufschlüsseln)?

Die Fragen 9a und 9c werden gemeinsam beantwortet.

Zur Zahl der Haushalte mit ausländischen Betreuungskräften wird auf den ersten Absatz der Vorbemerkung der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage „Agenturen für sogenannte 24-Stunden-Pflegekräfte“ der Fraktion DIE LINKE. vom 9. März 2021 (Bundestagsdrucksache 19/27415) sowie auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 7 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/28920 verwiesen.

- b) Liegen der Bundesregierung Kenntnisse zur Anzahl der Personalvermittler bzw. Pflegeanbieter für sog. 24-Stunden-Pflege- und Betreuungskräfte vor, sowohl inländische als auch ausländische (EU- und Drittstaaten, bitte ggf. nach Anzahl und Sitz der Anbieter aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung verweist auf ihre Antwort zu den Fragen 1 bis 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/27415.

10. Welche Auswirkungen des Urteils des Bundesarbeitsgerichts (Az. 5 AZR 505/20, 24. Juni 2021) sieht die Bundesregierung für die Versorgung von Pflegebedürftigen im häuslichen Umfeld durch entsandte Pflege- und Betreuungskräfte aus EU-Staaten und Drittstaaten (bitte die Effekte beschreiben und wenn möglich quantifizieren)?
11. Welche Auswirkungen des Urteils des BAG (Az. 5 AZR 505/20, 24. Juni 2021) sieht die Bundesregierung auf die Beschäftigung von Pflege- und Betreuungskräften in deutschen Leiharbeitsverhältnissen (bitte die Effekte beschreiben und wenn möglich quantifizieren)?
12. Rechnet die Bundesregierung mit der Umgehung des Mindestlohns in der Praxis dadurch, dass ausländische Betreuungskräfte in Zukunft nicht mehr als Arbeitnehmer, sondern als (nach Auffassung der Fragesteller vermeintlich) freie Dienstnehmer tätig werden, für die der Mindestlohn nicht gelten soll (bitte ggf. begründen, warum nicht, bzw. wenn ja, darlegen, welche Handlungsoptionen die Bundesregierung sieht)?

13. Welche Auswirkungen des Urteils des BAG (Az. 5 AZR 505/20, 24. Juni 2021) sieht die Bundesregierung im Hinblick auf die Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten im Pflege- und Betreuungsbereich insgesamt und besonders für die häusliche Pflege (bitte die Effekte beschreiben und wenn möglich quantifizieren)?

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 24. Juni 2021 zur Vergütung einer aus Bulgarien entsandten Sozialassistentin hat geltendes Recht nochmals bestätigt. Im Hinblick auf den spezifischen Fall hat das Gericht an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Die Bundesregierung stellt keine Mutmaßungen darüber an, zu welchen eventuellen Auswirkungen die nochmalige Bestätigung einer geltenden Rechtslage führt.

14. Welche Handlungsoptionen sieht die Bundesregierung, um weiterhin eine häusliche Pflege durch Pflege- und Betreuungskräfte aus EU- und Drittstaaten im eigenen Haushalt zu ermöglichen?

Bereits heute gibt es viele Möglichkeiten, bei der häuslichen Pflege eine gute Versorgung zu organisieren, beispielsweise durch die individuelle Kombination verschiedener Angebote (Pflege-, Betreuungs- und Notfalldienstleistungen, Tages-, Nacht- und Verhinderungspflege, Menüdienste etc.). Pflegebedürftige haben zudem gemäß § 7a SGB XI einen Anspruch auf Pflegeberatung und auf Erstellung eines individuellen Versorgungsplans durch ihre Pflegekasse.

Aus Sicht der Bundesregierung scheinen diese Möglichkeiten aber nicht immer ausreichend bekannt oder kurzfristig von Haushalten, die unerwartet in eine Pflegesituation kommen, nicht immer allein organisierbar zu sein. Deswegen sollten z. B. die Pflegestützpunkte gestärkt und wohnortnah ausgebaut werden.

Tabelle 1: Mediane der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe nach Merkmalen und nach ausgewählten Berufen KIdB 2010Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Berufe KIdB 2010	Region/Merkmale	Stichtag 31.12. des Jahres						Veränderung Sp. 1 zu Sp. 6	
		2015	2016	2017	2018	2019	2020	absolut	in %
		Median in Euro							
1	2	3	4	5	6	7	8		
Insgesamt	Insgesamt	3.083	3.133	3.209	3.304	3.401	3.427	344	11,2
	Westdeutschland	3.217	3.264	3.339	3.434	3.526	3.540	323	10,0
	Ostdeutschland	2.449	2.510	2.600	2.707	2.827	2.890	441	18,0
	Schleswig-Holstein	2.842	2.888	2.958	3.045	3.134	3.170	328	11,5
	Hamburg	3.487	3.544	3.619	3.718	3.820	3.863	376	10,8
	Niedersachsen	2.983	3.022	3.087	3.175	3.261	3.283	300	10,1
	Bremen	3.298	3.334	3.397	3.475	3.578	3.598	300	9,1
	Nordrhein-Westfalen	3.194	3.234	3.306	3.391	3.477	3.487	293	9,2
	Hessen	3.370	3.418	3.494	3.593	3.686	3.709	339	10,1
	Rheinland-Pfalz	3.068	3.113	3.180	3.265	3.353	3.372	304	9,9
	Baden-Württemberg	3.411	3.465	3.546	3.651	3.755	3.751	340	10,0
	Bayern	3.215	3.266	3.345	3.449	3.549	3.572	357	11,1
	Saarland	3.193	3.248	3.323	3.392	3.469	3.456	263	8,2
	Berlin	2.974	3.024	3.126	3.242	3.383	3.484	510	17,2
	Brandenburg	2.356	2.416	2.493	2.593	2.708	2.772	416	17,7
	Mecklenburg-Vorpommern	2.249	2.306	2.391	2.496	2.608	2.676	426	19,0
	Sachsen	2.323	2.388	2.479	2.587	2.695	2.742	419	18,0
	Sachsen-Anhalt	2.349	2.408	2.494	2.595	2.702	2.754	405	17,3
	Thüringen	2.300	2.367	2.459	2.553	2.659	2.699	399	17,3
	Männer	3.261	3.301	3.372	3.468	3.560	3.565	304	9,3
	Frauen	2.771	2.833	2.920	3.014	3.117	3.171	400	14,4
	Deutsche	3.140	3.202	3.294	3.403	3.509	3.541	400	12,7
	Ausländer	2.463	2.446	2.463	2.530	2.614	2.638	175	7,1
	EU-Ausländer ¹⁾	2.329	2.309	2.346	2.434	2.521	2.537	208	8,9
	Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	1.960	1.916	1.839	1.894	2.035	2.121	161	8,2
	Drittstaaten	2.626	2.629	2.627	2.675	2.744	2.775	149	5,7
	Westbalkan ³⁾	2.500	2.468	2.466	2.538	2.611	2.677	177	7,1
	Helfer	2.117	2.133	2.177	2.259	2.334	2.357	239	11,3
Fachkraft	2.843	2.891	2.965	3.052	3.140	3.166	323	11,4	
Spezialist	4.041	4.107	4.210	4.321	4.428	4.446	405	10,0	
Experte	5.114	5.187	5.302	5.425	5.566	5.605	491	9,6	

Tabelle 1: Mediane der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe nach Merkmalen und nach ausgewählten Berufen KIdB 2010Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Berufe KIdB 2010	Region/Merkmale	Stichtag 31.12. des Jahres						Veränderung Sp. 1 zu Sp. 6	
		2015	2016	2017	2018	2019	2020	absolut	in %
		Median in Euro							
		1	2	3	4	5	6	7	8
813 Gesundh., Krankenpf., Rettungsd. Geburtsh.	Insgesamt	3.157	3.203	3.302	3.392	3.517	3.610	454	14,4
	Westdeutschland	3.260	3.303	3.396	3.482	3.607	3.682	422	12,9
	Ostdeutschland	2.833	2.888	2.988	3.076	3.213	3.368	536	18,9
	Schleswig-Holstein	3.179	3.233	3.366	3.430	3.575	3.652	473	14,9
	Hamburg	3.143	3.228	3.297	3.401	3.509	3.590	447	14,2
	Niedersachsen	3.160	3.204	3.293	3.393	3.516	3.586	426	13,5
	Bremen	3.314	3.351	3.448	3.545	3.646	3.702	388	11,7
	Nordrhein-Westfalen	3.311	3.348	3.452	3.523	3.655	3.720	410	12,4
	Hessen	3.158	3.192	3.310	3.405	3.512	3.604	446	14,1
	Rheinland-Pfalz	3.287	3.332	3.431	3.526	3.649	3.705	418	12,7
	Baden-Württemberg	3.342	3.390	3.478	3.565	3.705	3.817	475	14,2
	Bayern	3.241	3.283	3.346	3.444	3.565	3.641	399	12,3
	Saarland	3.390	3.437	3.563	3.629	3.793	3.866	475	14,0
	Berlin	2.950	3.034	3.120	3.203	3.306	3.433	484	16,4
	Brandenburg	2.796	2.846	2.949	3.047	3.154	3.287	490	17,5
	Mecklenburg-Vorpommern	2.708	2.773	2.866	2.956	3.128	3.297	589	21,7
	Sachsen	2.803	2.857	2.952	3.036	3.196	3.355	553	19,7
	Sachsen-Anhalt	2.870	2.903	3.006	3.118	3.238	3.416	546	19,0
	Thüringen	2.837	2.899	3.017	3.085	3.232	3.404	567	20,0
	Männer	3.279	3.319	3.419	3.535	3.665	3.753	473	14,4
	Frauen	3.117	3.164	3.262	3.341	3.465	3.558	441	14,2
	Deutsche	3.179	3.232	3.338	3.434	3.569	3.668	489	15,4
	Ausländer	2.785	2.809	2.873	2.974	3.109	3.219	434	15,6
	EU-Ausländer ¹⁾	2.775	2.823	2.905	3.021	3.164	3.272	497	17,9
	Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	X	X	2.387	2.458	2.602	2.727	x	x
	Drittstaaten	2.797	2.787	2.837	2.927	3.062	3.187	390	13,9
	Westbalkan ³⁾	2.773	2.724	2.765	2.908	3.092	3.246	473	17,0
	Helfer	2.431	2.466	2.494	2.591	2.675	2.752	321	13,2
Fachkraft	3.156	3.205	3.314	3.405	3.539	3.638	482	15,3	
Spezialist	3.610	3.688	3.808	3.918	4.053	4.182	572	15,9	
Experte	3.702	3.777	3.899	4.005	4.161	4.284	581	15,7	

Tabelle 1: Mediane der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe nach Merkmalen und nach ausgewählten Berufen KIdB 2010Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Berufe KIdB 2010	Region/Merkmale	Stichtag 31.12. des Jahres						Veränderung Sp. 1 zu Sp. 6	
		2015	2016	2017	2018	2019	2020	absolut	in %
		Median in Euro							
1	2	3	4	5	6	7	8		
821 Altenpflege	Insgesamt	2.373	2.436	2.534	2.645	2.778	2.912	539	22,7
	Westdeutschland	2.496	2.549	2.642	2.747	2.869	2.990	494	19,8
	Ostdeutschland	1.929	2.016	2.149	2.285	2.449	2.619	690	35,8
	Schleswig-Holstein	2.251	2.297	2.391	2.513	2.633	2.758	507	22,5
	Hamburg	2.532	2.604	2.694	2.790	2.922	3.022	491	19,4
	Niedersachsen	2.206	2.276	2.385	2.506	2.628	2.781	575	26,1
	Bremen	2.389	2.435	2.534	2.629	2.829	3.013	624	26,1
	Nordrhein-Westfalen	2.652	2.689	2.781	2.872	2.995	3.098	445	16,8
	Hessen	2.365	2.398	2.482	2.581	2.696	2.806	441	18,6
	Rheinland-Pfalz	2.467	2.527	2.635	2.731	2.869	2.964	498	20,2
	Baden-Württemberg	2.663	2.724	2.823	2.926	3.051	3.163	499	18,8
	Bayern	2.580	2.623	2.702	2.797	2.894	3.005	425	16,5
	Saarland	2.568	2.583	2.649	2.728	2.822	2.939	372	14,5
	Berlin	2.170	2.244	2.356	2.458	2.599	2.718	548	25,3
	Brandenburg	1.962	2.057	2.155	2.299	2.481	2.603	641	32,7
	Mecklenburg-Vorpommern	1.965	2.035	2.173	2.303	2.454	2.620	655	33,3
	Sachsen	1.849	1.930	2.071	2.218	2.384	2.594	745	40,3
	Sachsen-Anhalt	1.790	1.864	2.006	2.166	2.344	2.511	721	40,3
	Thüringen	1.992	2.102	2.224	2.350	2.532	2.713	721	36,2
	Männer	2.504	2.563	2.666	2.776	2.909	3.041	537	21,5
	Frauen	2.335	2.397	2.494	2.604	2.738	2.871	537	23,0
	Deutsche	2.399	2.467	2.576	2.696	2.837	2.978	580	24,2
	Ausländer	2.121	2.152	2.211	2.312	2.432	2.575	453	21,4
	EU-Ausländer ¹⁾	2.038	2.087	2.165	2.234	2.341	2.443	405	19,9
	Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	X	X	1.903	1.950	2.065	2.201	x	x
	Drittstaaten	2.242	2.241	2.265	2.395	2.507	2.673	430	19,2
Westbalkan ³⁾	2.280	2.155	2.171	2.370	2.513	2.718	439	19,2	
Helfer	1.826	1.870	1.944	2.041	2.146	2.241	415	22,7	
Fachkraft	2.557	2.624	2.746	2.879	3.034	3.176	619	24,2	
Spezialist	2.535	2.613	2.767	2.947	3.058	3.212	677	26,7	
Experte	4.742	4.820	4.979	5.100	5.251	5.403	661	13,9	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) incl. Vereinigtes Königreich

2) Afghanistan, Iran, Irak, Syrien, Pakistan, Somalia, Nigeria, Eritrea

3) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien

X) Aus methodischen Gründen ist ein Ausweis von Entgeltverteilungen oder Quantilen nicht sinnvoll, wenn die Zahl der Beschäftigten mit Angabe zum Entgelt unter 500 liegt.

x) Nachweis ist nicht sinnvoll.

Tabelle 2: Mediane der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe nach Staatsangehörigkeit und nach ausgewählten Berufen KIdB 2010Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Berufe KIdB 2010	Entgeltunterschied jeweils ausländische Staatsangehörigkeit zu Deutschen	Staatsangehörigkeit	Stichtag 31.12. des Jahres					
			2015	2016	2017	2018	2019	2020
			Median in Euro					
			1	2	3	4	5	6
Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt	3.083	3.133	3.209	3.304	3.401	3.427
		Deutsche	3.140	3.202	3.294	3.403	3.509	3.541
		Ausländer	2.463	2.446	2.463	2.530	2.614	2.638
		EU-Ausländer ¹⁾	2.329	2.309	2.346	2.434	2.521	2.537
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	1.960	1.916	1.839	1.894	2.035	2.121
		Drittstaaten	2.626	2.629	2.627	2.675	2.744	2.775
	Westbalkan ³⁾	2.500	2.468	2.466	2.538	2.611	2.677	
	absolut	Ausländer	-677	-755	-831	-873	-896	-903
		EU-Ausländer ¹⁾	-811	-893	-948	-969	-988	-1.003
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	-1.180	-1.285	-1.455	-1.509	-1.475	-1.420
		Drittstaaten	-514	-573	-667	-728	-765	-766
		Westbalkan ³⁾	-640	-733	-828	-865	-898	-863
	in Prozent	Ausländer	-21,6	-23,6	-25,2	-25,7	-25,5	-25,5
		EU-Ausländer ¹⁾	-25,8	-27,9	-28,8	-28,5	-28,2	-28,3
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	-37,6	-40,1	-44,2	-44,4	-42,0	-40,1
Drittstaaten		-16,4	-17,9	-20,2	-21,4	-21,8	-21,6	
Westbalkan ³⁾		-20,4	-22,9	-25,1	-25,4	-25,6	-24,4	
813 Gesundh., Krankenfll., Rettungsd. Geburtsh.	Insgesamt	Insgesamt	3.157	3.203	3.302	3.392	3.517	3.610
		Deutsche	3.179	3.232	3.338	3.434	3.569	3.668
		Ausländer	2.785	2.809	2.873	2.974	3.109	3.219
		EU-Ausländer ¹⁾	2.775	2.823	2.905	3.021	3.164	3.272
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	X	X	2.387	2.458	2.602	2.727
		Drittstaaten	2.797	2.787	2.837	2.927	3.062	3.187
	Westbalkan ³⁾	2.773	2.724	2.765	2.908	3.092	3.246	
	absolut	Ausländer	-394	-423	-465	-460	-460	-449
		EU-Ausländer ¹⁾	-404	-409	-434	-413	-405	-396
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	x	x	-951	-976	-967	-941
		Drittstaaten	-382	-445	-501	-507	-506	-481
		Westbalkan ³⁾	-406	-508	-573	-526	-477	-422
	in Prozent	Ausländer	-12,4	-13,1	-13,9	-13,4	-12,9	-12,2
		EU-Ausländer ¹⁾	-12,7	-12,6	-13,0	-12,0	-11,3	-10,8
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	x	x	-28,5	-28,4	-27,1	-25,7
Drittstaaten		-12,0	-13,8	-15,0	-14,8	-14,2	-13,1	
Westbalkan ³⁾		-12,8	-15,7	-17,2	-15,3	-13,4	-11,5	
821 Altenpflege	Insgesamt	Insgesamt	2.373	2.436	2.534	2.645	2.778	2.912
		Deutsche	2.399	2.467	2.576	2.696	2.837	2.978
		Ausländer	2.121	2.152	2.211	2.312	2.432	2.575
		EU-Ausländer ¹⁾	2.038	2.087	2.165	2.234	2.341	2.443
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	X	X	1.903	1.950	2.065	2.201
		Drittstaaten	2.242	2.241	2.265	2.395	2.507	2.673
	Westbalkan ³⁾	2.280	2.155	2.171	2.370	2.513	2.718	
	absolut	Ausländer	-277	-315	-366	-384	-405	-404
		EU-Ausländer ¹⁾	-360	-381	-411	-462	-496	-535
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	x	x	-673	-746	-772	-778
		Drittstaaten	-156	-227	-311	-301	-330	-306
		Westbalkan ³⁾	-119	-312	-405	-326	-323	-260
	in Prozent	Ausländer	-11,5	-12,8	-14,2	-14,2	-14,3	-13,6
		EU-Ausländer ¹⁾	-15,0	-15,4	-16,0	-17,2	-17,5	-18,0
		Asylherkunftsländer (Top 8) ²⁾	x	x	-26,1	-27,7	-27,2	-26,1
Drittstaaten		-6,5	-9,2	-12,1	-11,2	-11,6	-10,3	
Westbalkan ³⁾		-5,0	-12,6	-15,7	-12,1	-11,4	-8,7	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) incl. Vereinigtes Königreich

2) Afghanistan, Iran, Irak, Syrien, Pakistan, Somalia, Nigeria, Eritrea

3) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien

X) Aus methodischen Gründen ist ein Ausweis von Entgeltverteilungen oder Quantilen nicht sinnvoll, wenn die Zahl der Beschäftigten mit Angabe zum Entgelt unter 500 liegt.

x) Nachweis ist nicht sinnvoll.

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KldB 2010)Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KldB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe					
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾			
					absolut	Anteil an Sp.1 in %		
1	2	3	4					
31. Dezember 2015	Insgesamt	Insgesamt	20.562.821	20.372.912	4.121.372	20,2		
		Westdeutschland	16.771.507	16.613.677	2.764.460	16,6		
		Ostdeutschland	3.790.079	3.758.079	1.356.625	36,1		
		Schleswig-Holstein	571.545	565.910	125.051	22,1		
		Hamburg	631.526	624.401	91.615	14,7		
		Niedersachsen	1.807.819	1.791.233	368.204	20,6		
		Bremen	205.088	202.998	36.182	17,8		
		Nordrhein-Westfalen	4.327.900	4.285.655	722.659	16,9		
		Hessen	1.617.880	1.602.151	248.232	15,5		
		Rheinland-Pfalz	865.519	857.769	160.265	18,7		
		Baden-Württemberg	2.989.529	2.962.245	414.068	14,0		
		Bayern	3.501.346	3.470.322	553.723	16,0		
		Saarland	253.355	250.993	44.461	17,7		
		Berlin	843.244	834.035	199.998	24,0		
		Brandenburg	526.275	521.528	201.930	38,7		
		Mecklenburg-Vorpommern	357.326	354.444	147.629	41,7		
		Sachsen	1.016.915	1.010.108	400.880	39,7		
		Sachsen-Anhalt	507.532	503.815	195.300	38,8		
		Thüringen	538.787	534.149	210.889	39,5		
		Männer	13.698.767	13.600.487	2.196.665	16,2		
		Frauen	6.864.054	6.772.425	1.924.707	28,4		
		Deutsche	18.623.256	18.474.448	3.431.600	18,6		
		Ausländer	1.930.404	1.889.515	686.147	36,3		
		EU-Ausländer ²⁾	1.116.671	1.090.305	441.213	40,5		
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	46.864	45.791	24.910	54,4		
		Drittstaaten	805.773	791.370	243.687	30,8		
		Westbalkan ⁴⁾	135.781	133.714	41.720	31,2		
		Helfer	2.463.819	2.428.655	1.149.479	47,3		
		Fachkraft	11.968.295	11.856.818	2.618.671	22,1		
		Spezialist	3.133.652	3.111.385	247.327	7,9		
		Experte	2.997.053	2.976.052	105.895	3,6		
		31. Dezember 2015	813 Gesundh., Krankenpfl., Rettungsd., Geburtsh.	Insgesamt	476.352	470.299	52.914	11,3
				Westdeutschland	368.238	363.309	33.140	9,1
				Ostdeutschland	108.111	106.989	19.773	18,5
				Schleswig-Holstein	15.522	15.259	1.933	12,7
				Hamburg	14.147	13.994	1.474	10,5
				Niedersachsen	40.901	40.352	4.837	12,0
Bremen	4.748			4.658	453	9,7		
Nordrhein-Westfalen	105.056			103.662	8.938	8,6		
Hessen	36.326			35.833	4.147	11,6		
Rheinland-Pfalz	21.953			21.727	1.543	7,1		
Baden-Württemberg	51.184			50.445	3.945	7,8		
Bayern	70.848			69.904	5.346	7,6		
Saarland	7.553			7.475	525	7,0		
Berlin	23.527			23.227	4.271	18,4		
Brandenburg	16.684			16.494	2.803	17,0		
Mecklenburg-Vorpommern	12.614			12.470	2.503	20,1		
Sachsen	25.279			25.077	5.085	20,3		
Sachsen-Anhalt	15.246			15.120	2.636	17,4		
Thüringen	14.761			14.601	2.476	17,0		
Männer	133.141			132.270	11.201	8,5		
Frauen	343.211			338.029	41.713	12,3		
Deutsche	446.724			441.181	47.199	10,7		
Ausländer	29.495			28.989	5.662	19,5		
EU-Ausländer ²⁾	18.060			17.747	3.500	19,7		
Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	430			420	124	29,4		
Drittstaaten	11.318			11.125	2.146	19,3		
Westbalkan ⁴⁾	4.184			4.096	658	16,1		
Helfer	51.788			51.021	17.366	34,0		
Fachkraft	349.528			345.038	32.236	9,3		
Spezialist	57.793			57.156	2.763	4,8		
Experte	17.243			17.084	548	3,2		

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KldB 2010)

Deutschland nach Ländern

Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KldB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe			
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾	
					absolut	Anteil an Sp.1 in %
1	2	3	4			
31. Dezember 2015	821 Altenpflege	Insgesamt	179.111	176.473	61.038	34,6
		Westdeutschland	142.412	140.286	39.892	28,4
		Ostdeutschland	36.696	36.184	21.143	58,4
		Schleswig-Holstein	7.418	7.320	2.985	40,8
		Hamburg	4.624	4.558	1.148	25,2
		Niedersachsen	18.215	17.900	7.143	39,9
		Bremen	1.093	1.076	313	29,1
		Nordrhein-Westfalen	36.835	36.253	8.047	22,2
		Hessen	14.066	13.851	4.889	35,3
		Rheinland-Pfalz	7.776	7.659	2.327	30,4
		Baden-Württemberg	21.582	21.268	5.034	23,7
		Bayern	28.034	27.657	7.285	26,3
		Saarland	2.769	2.744	721	26,3
		Berlin	9.077	8.908	3.983	44,7
		Brandenburg	4.903	4.854	2.675	55,1
		Mecklenburg-Vorpommern	3.467	3.428	1.968	57,4
		Sachsen	8.525	8.419	5.772	68,6
		Sachsen-Anhalt	5.260	5.191	3.791	73,0
		Thüringen	5.464	5.384	2.954	54,9
		Männer	38.272	37.924	10.333	27,2
		Frauen	140.839	138.549	50.705	36,6
		Deutsche	161.110	158.798	52.719	33,2
		Ausländer	17.910	17.586	8.275	47,1
		EU-Ausländer ²⁾	10.848	10.635	5.407	50,8
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	329	322	154	47,8
		Drittstaaten	7.012	6.901	2.853	41,3
		Westbalkan ⁴⁾	2.120	2.088	800	38,3
		Helfer	58.848	57.903	36.971	63,8
		Fachkraft	113.488	111.858	23.426	20,9
		Spezialist	2.489	2.459	577	23,4
Experte	4.286	4.253	64	1,5		
31. Dezember 2016	Insgesamt	Insgesamt	20.895.291	20.707.738	4.154.064	20,1
		Westdeutschland	17.056.559	16.901.810	2.822.311	16,7
		Ostdeutschland	3.838.033	3.805.286	1.331.566	35,0
		Schleswig-Holstein	584.642	579.121	127.068	21,9
		Hamburg	639.864	632.014	91.451	14,5
		Niedersachsen	1.831.679	1.815.745	374.484	20,6
		Bremen	208.302	206.359	36.333	17,6
		Nordrhein-Westfalen	4.392.555	4.350.449	740.343	17,0
		Hessen	1.646.746	1.630.679	255.110	15,6
		Rheinland-Pfalz	876.780	869.193	162.825	18,7
		Baden-Württemberg	3.045.615	3.019.920	423.781	14,0
		Bayern	3.577.031	3.547.264	566.788	16,0
		Saarland	253.345	251.066	44.127	17,6
		Berlin	874.229	864.651	201.119	23,3
		Brandenburg	531.622	527.032	198.445	37,7
		Mecklenburg-Vorpommern	360.189	356.816	145.823	40,9
		Sachsen	1.021.770	1.014.400	390.362	38,5
		Sachsen-Anhalt	509.513	505.995	190.810	37,7
		Thüringen	540.710	536.392	205.008	38,2
		Männer	13.956.982	13.862.338	2.252.134	16,2
		Frauen	6.938.309	6.845.400	1.901.930	27,8
		Deutsche	18.754.684	18.607.533	3.363.502	18,1
		Ausländer	2.131.304	2.091.082	786.803	37,6
		EU-Ausländer ²⁾	1.244.066	1.219.161	510.078	41,8
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	66.962	65.393	38.492	58,9
		Drittstaaten	878.934	863.718	275.383	31,9
		Westbalkan ⁴⁾	156.735	154.326	51.750	33,5
		Helfer	2.547.906	2.513.303	1.208.516	48,1
		Fachkraft	12.074.361	11.964.899	2.596.041	21,7
		Spezialist	3.192.211	3.169.692	243.656	7,7
Experte	3.080.811	3.059.842	105.852	3,5		

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KldB 2010)

Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KldB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe					
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾			
					absolut	Anteil an Sp.1 in %		
1	2	3	4					
31. Dezember 2016	813 Gesundh., Krankenpfl., Rettungsd., Geburtsh.	Insgesamt	483.443	477.289	52.546	11,0		
		Westdeutschland	374.727	369.672	33.776	9,1		
		Ostdeutschland	108.715	107.616	18.770	17,4		
		Schleswig-Holstein	15.623	15.429	1.978	12,8		
		Hamburg	14.315	14.154	1.490	10,5		
		Niedersachsen	41.727	41.167	4.839	11,8		
		Bremen	4.695	4.629	463	10,0		
		Nordrhein-Westfalen	107.132	105.619	9.003	8,5		
		Hessen	37.133	36.546	4.353	11,9		
		Rheinland-Pfalz	22.264	22.029	1.604	7,3		
		Baden-Württemberg	52.016	51.362	3.996	7,8		
		Bayern	72.181	71.175	5.516	7,8		
		Saarland	7.641	7.562	532	7,0		
		Berlin	23.501	23.225	4.097	17,6		
		Brandenburg	17.012	16.873	2.673	15,8		
		Mecklenburg-Vorpommern	12.611	12.504	2.400	19,2		
		Sachsen	25.400	25.159	4.719	18,8		
		Sachsen-Anhalt	15.462	15.332	2.577	16,8		
		Thüringen	14.729	14.523	2.304	15,9		
		Männer	136.691	135.849	10.997	8,1		
		Frauen	346.752	341.440	41.549	12,2		
		Deutsche	449.318	443.675	45.949	10,4		
		Ausländer	33.996	33.487	6.542	19,5		
		EU-Ausländer ²⁾	20.022	19.743	3.825	19,4		
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	501	490	165	33,7		
		Drittstaaten	13.851	13.622	2.699	19,8		
		Westbalkan ⁴⁾	5.720	5.633	1.054	18,7		
		Helfer	53.198	52.447	17.661	33,7		
		Fachkraft	355.684	351.145	31.708	9,0		
		Spezialist	56.924	56.215	2.636	4,7		
		Experte	17.637	17.482	542	3,1		
		31. Dezember 2016	821 Altenpflege	Insgesamt	187.129	184.472	61.701	33,4
				Westdeutschland	149.359	147.198	41.314	28,1
				Ostdeutschland	37.770	37.274	20.387	54,7
				Schleswig-Holstein	7.771	7.655	3.106	40,6
				Hamburg	4.711	4.641	1.146	24,7
				Niedersachsen	18.965	18.690	7.230	38,7
Bremen	1.161			1.146	343	30,0		
Nordrhein-Westfalen	39.110			38.536	8.333	21,6		
Hessen	14.602			14.368	5.050	35,1		
Rheinland-Pfalz	8.368			8.255	2.456	29,8		
Baden-Württemberg	22.478			22.158	5.225	23,6		
Bayern	29.154			28.745	7.648	26,6		
Saarland	3.039			3.004	777	25,9		
Berlin	9.274			9.147	3.967	43,4		
Brandenburg	5.091			5.043	2.601	51,6		
Mecklenburg-Vorpommern	3.655			3.584	1.941	54,1		
Sachsen	8.612			8.518	5.420	63,6		
Sachsen-Anhalt	5.501			5.431	3.737	68,8		
Thüringen	5.637			5.551	2.721	49,0		
Männer	40.899			40.548	10.657	26,3		
Frauen	146.230			143.924	51.044	35,5		
Deutsche	165.981			163.647	51.853	31,7		
Ausländer	21.054			20.732	9.807	47,3		
EU-Ausländer ²⁾	12.304			12.095	6.058	50,1		
Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	398			395	211	53,4		
Drittstaaten	8.691			8.580	3.729	43,5		
Westbalkan ⁴⁾	3.179			3.132	1.456	46,5		
Helfer	61.556			60.637	38.741	63,9		
Fachkraft	118.741			117.062	22.381	19,1		
Spezialist	2.401			2.367	505	21,3		
Experte	4.431			4.406	73	1,7		

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KldB 2010)

Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KldB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe					
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾			
					absolut	Anteil an Sp.1 in %		
1	2	3	4					
31. Dezember 2017	Insgesamt	Insgesamt	21.271.075	21.069.446	4.166.936	19,8		
		Westdeutschland	17.382.388	17.216.511	2.871.506	16,7		
		Ostdeutschland	3.888.252	3.852.544	1.295.247	33,6		
		Schleswig-Holstein	593.573	587.993	127.453	21,7		
		Hamburg	648.358	640.756	90.734	14,2		
		Niedersachsen	1.860.468	1.843.213	378.645	20,5		
		Bremen	209.708	207.141	36.284	17,5		
		Nordrhein-Westfalen	4.468.900	4.426.961	757.731	17,1		
		Hessen	1.681.283	1.664.586	261.101	15,7		
		Rheinland-Pfalz	892.318	884.424	164.855	18,6		
		Baden-Württemberg	3.112.998	3.080.242	432.109	14,0		
		Bayern	3.658.786	3.627.560	577.458	15,9		
		Saarland	255.996	253.635	45.135	17,8		
		Berlin	907.779	897.190	200.361	22,3		
		Brandenburg	536.621	531.988	194.426	36,5		
		Mecklenburg-Vorpommern	363.880	360.496	142.500	39,5		
		Sachsen	1.028.911	1.020.928	377.882	37,0		
		Sachsen-Anhalt	511.792	508.026	184.166	36,3		
		Thüringen	539.269	533.916	195.913	36,7		
		Männer	14.254.126	14.150.030	2.290.832	16,2		
		Frauen	7.016.949	6.919.416	1.876.104	27,1		
		Deutsche	18.871.077	18.716.496	3.264.153	17,4		
		Ausländer	2.390.218	2.343.380	898.767	38,4		
		EU-Ausländer ²⁾	1.384.596	1.355.999	567.762	41,9		
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	109.421	106.622	70.276	65,9		
		Drittstaaten	996.941	978.843	329.734	33,7		
		Westbalkan ⁴⁾	186.606	183.512	64.491	35,1		
		Helfer	2.659.950	2.621.737	1.266.535	48,3		
		Fachkraft	12.195.889	12.079.213	2.558.324	21,2		
		Spezialist	3.252.886	3.229.249	237.318	7,3		
		Experte	3.162.347	3.139.244	104.758	3,3		
		31. Dezember 2017	813 Gesundh., Krankenpfl., Rettungsd., Geburtsh.	Insgesamt	492.679	485.984	52.915	10,9
				Westdeutschland	382.747	377.281	35.202	9,3
				Ostdeutschland	109.931	108.702	17.713	16,3
				Schleswig-Holstein	15.894	15.580	1.983	12,7
				Hamburg	14.222	14.065	1.428	10,2
Niedersachsen	42.576			41.943	5.000	11,9		
Bremen	4.664			4.598	437	9,5		
Nordrhein-Westfalen	109.041			107.458	9.169	8,5		
Hessen	38.197			37.645	4.377	11,6		
Rheinland-Pfalz	22.510			22.260	1.646	7,4		
Baden-Württemberg	53.111			52.184	4.167	8,0		
Bayern	74.776			73.869	6.492	8,8		
Saarland	7.756			7.679	502	6,5		
Berlin	23.972			23.688	4.031	17,0		
Brandenburg	17.140			17.010	2.523	14,8		
Mecklenburg-Vorpommern	12.784			12.672	2.327	18,4		
Sachsen	25.669			25.320	4.319	17,1		
Sachsen-Anhalt	15.584			15.472	2.347	15,2		
Thüringen	14.782			14.540	2.165	14,9		
Männer	142.006			141.081	11.701	8,3		
Frauen	350.673			344.903	41.214	11,9		
Deutsche	452.104			446.019	44.803	10,0		
Ausländer	40.448			39.840	8.071	20,3		
EU-Ausländer ²⁾	22.527			22.206	4.635	20,9		
Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	755			737	285	38,6		
Drittstaaten	17.798			17.514	3.414	19,5		
Westbalkan ⁴⁾	8.067			7.959	1.459	18,3		
Helfer	57.564			56.730	19.545	34,5		
Fachkraft	361.450			356.474	30.399	8,5		
Spezialist	55.399			54.714	2.472	4,5		
Experte	18.266			18.066	498	2,8		

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KldB 2010)

Deutschland nach Ländern

Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KldB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe			
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾	
					absolut	Anteil an Sp.1 in %
1	2	3	4			
31. Dezember 2017	821 Altenpflege	Insgesamt	195.758	192.947	60.965	31,6
		Westdeutschland	156.146	153.789	41.607	27,1
		Ostdeutschland	39.606	39.152	19.356	49,4
		Schleswig-Holstein	7.953	7.845	3.076	39,2
		Hamburg	4.911	4.841	1.179	24,4
		Niedersachsen	19.311	19.017	7.013	36,9
		Bremen	1.198	1.173	341	29,1
		Nordrhein-Westfalen	41.329	40.700	8.413	20,7
		Hessen	15.446	15.196	5.181	34,1
		Rheinland-Pfalz	8.731	8.603	2.409	28,0
		Baden-Württemberg	23.430	23.031	5.339	23,2
		Bayern	30.628	30.217	7.849	26,0
		Saarland	3.209	3.166	806	25,5
		Berlin	9.842	9.714	4.005	41,2
		Brandenburg	5.484	5.434	2.668	49,1
		Mecklenburg-Vorpommern	3.799	3.757	1.784	47,5
		Sachsen	8.734	8.646	4.794	55,4
		Sachsen-Anhalt	5.901	5.843	3.575	61,2
		Thüringen	5.846	5.758	2.529	43,9
		Männer	43.605	43.199	10.864	25,1
		Frauen	152.153	149.748	50.101	33,5
		Deutsche	170.296	167.955	49.287	29,3
		Ausländer	25.348	24.878	11.628	46,7
		EU-Ausländer ²⁾	13.835	13.536	6.609	48,8
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	612	604	379	62,7
		Drittstaaten	11.457	11.286	5.000	44,3
		Westbalkan ⁴⁾	4.762	4.677	2.247	48,0
Helfer	65.183	64.105	40.259	62,8		
Fachkraft	123.777	122.103	20.226	16,6		
Spezialist	2.275	2.246	418	18,6		
Experte	4.523	4.493	63	1,4		
31. Dezember 2018	Insgesamt	Insgesamt	21.629.063	21.440.102	4.141.034	19,3
		Westdeutschland	17.705.473	17.548.893	2.892.287	16,5
		Ostdeutschland	3.922.865	3.890.538	1.248.516	32,1
		Schleswig-Holstein	603.180	597.192	127.127	21,3
		Hamburg	661.800	654.103	91.170	13,9
		Niedersachsen	1.889.576	1.872.641	381.916	20,4
		Bremen	212.902	210.847	36.706	17,4
		Nordrhein-Westfalen	4.549.656	4.509.452	771.605	17,1
		Hessen	1.714.192	1.698.088	263.560	15,5
		Rheinland-Pfalz	907.446	899.635	166.226	18,5
		Baden-Württemberg	3.171.156	3.145.014	432.151	13,7
		Bayern	3.737.275	3.705.825	576.302	15,6
		Saarland	258.290	256.096	45.525	17,8
		Berlin	936.131	926.852	199.419	21,5
		Brandenburg	539.977	535.498	187.722	35,1
		Mecklenburg-Vorpommern	365.491	362.058	137.157	37,9
		Sachsen	1.031.110	1.024.018	359.698	35,1
		Sachsen-Anhalt	511.219	507.584	175.646	34,6
		Thüringen	538.937	534.528	188.873	35,3
		Männer	14.533.712	14.437.683	2.285.421	15,8
		Frauen	7.095.351	7.002.419	1.855.613	26,5
		Deutsche	18.981.231	18.838.311	3.151.421	16,7
		Ausländer	2.637.263	2.591.397	985.237	38,0
		EU-Ausländer ²⁾	1.509.527	1.481.656	605.433	40,9
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	160.942	157.512	105.802	67,2
		Drittstaaten	1.118.693	1.100.818	378.459	34,4
		Westbalkan ⁴⁾	212.840	209.867	72.014	34,3
Helfer	2.713.061	2.676.325	1.270.254	47,5		
Fachkraft	12.335.590	12.227.422	2.526.771	20,7		
Spezialist	3.289.931	3.268.155	233.170	7,1		
Experte	3.290.479	3.268.198	110.839	3,4		

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KldB 2010)

Deutschland nach Ländern

Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KldB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe					
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾			
					absolut	Anteil an Sp.1 in %		
1	2	3	4					
31. Dezember 2018	813 Gesundh., Krankenpfl., Rettungsd., Geburtsh.	Insgesamt	499.036	492.457	51.746	10,5		
		Westdeutschland	388.382	383.038	34.931	9,1		
		Ostdeutschland	110.653	109.418	16.814	15,4		
		Schleswig-Holstein	16.067	15.747	1.996	12,7		
		Hamburg	14.416	14.274	1.508	10,6		
		Niedersachsen	43.414	42.679	4.960	11,6		
		Bremen	4.652	4.595	428	9,3		
		Nordrhein-Westfalen	110.674	109.113	9.105	8,3		
		Hessen	39.317	38.835	4.700	12,1		
		Rheinland-Pfalz	22.722	22.409	1.662	7,4		
		Baden-Württemberg	54.113	53.377	4.265	8,0		
		Bayern	75.193	74.263	5.786	7,8		
		Saarland	7.814	7.746	520	6,7		
		Berlin	23.994	23.695	3.846	16,2		
		Brandenburg	17.235	17.061	2.459	14,4		
		Mecklenburg-Vorpommern	12.899	12.714	2.336	18,4		
		Sachsen	25.885	25.635	4.036	15,7		
		Sachsen-Anhalt	15.668	15.506	2.135	13,8		
		Thüringen	14.972	14.807	2.002	13,5		
		Männer	144.237	143.346	10.560	7,4		
		Frauen	354.799	349.111	41.185	11,8		
		Deutsche	452.657	446.726	43.451	9,7		
		Ausländer	46.240	45.596	8.264	18,1		
		EU-Ausländer ²⁾	23.788	23.478	4.396	18,7		
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	1.108	1.095	400	36,6		
		Drittstaaten	22.328	21.998	3.849	17,5		
		Westbalkan ⁴⁾	10.568	10.418	1.681	16,1		
		Helfer	58.436	57.613	18.716	32,5		
		Fachkraft	367.271	362.358	30.132	8,3		
		Spezialist	54.536	53.895	2.393	4,4		
		Experte	18.793	18.591	505	2,7		
		31. Dezember 2018	821 Altenpflege	Insgesamt	203.338	200.353	60.352	30,1
				Westdeutschland	162.560	160.122	42.114	26,3
Ostdeutschland	40.766			40.222	18.234	45,3		
Schleswig-Holstein	7.993			7.895	2.997	38,0		
Hamburg	5.092			5.038	1.166	23,1		
Niedersachsen	19.582			19.246	6.698	34,8		
Bremen	1.309			1.284	385	30,0		
Nordrhein-Westfalen	43.042			42.380	8.484	20,0		
Hessen	15.907			15.668	5.328	34,0		
Rheinland-Pfalz	9.293			9.142	2.563	28,0		
Baden-Württemberg	24.752			24.377	5.497	22,6		
Bayern	32.122			31.661	8.112	25,6		
Saarland	3.468			3.431	884	25,8		
Berlin	10.253			10.094	4.147	41,1		
Brandenburg	5.576			5.495	2.467	44,9		
Mecklenburg-Vorpommern	3.989			3.930	1.728	44,0		
Sachsen	8.913			8.830	4.313	48,8		
Sachsen-Anhalt	6.071			6.005	3.168	52,8		
Thüringen	5.964			5.868	2.411	41,1		
Männer	46.539			46.106	11.173	24,2		
Frauen	156.799			154.247	49.180	31,9		
Deutsche	173.570			171.155	47.193	27,6		
Ausländer	29.628			29.060	13.093	45,1		
EU-Ausländer ²⁾	15.381			15.068	7.308	48,5		
Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	1.039			1.024	702	68,6		
Drittstaaten	14.189			13.935	5.767	41,4		
Westbalkan ⁴⁾	6.032			5.916	2.459	41,6		
Helfer	71.988			70.821	42.700	60,3		
Fachkraft	125.015			123.267	17.339	14,1		
Spezialist	1.628			1.599	253	15,8		
Experte	4.707			4.666	60	1,3		

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KldB 2010)

Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KldB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe					
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾			
					absolut	Anteil an Sp.1 in %		
1	2	3	4					
31. Dezember 2019	Insgesamt	Insgesamt	21.744.025	21.554.942	4.056.473	18,8		
		Westdeutschland	17.819.466	17.662.526	2.874.642	16,3		
		Ostdeutschland	3.923.667	3.891.625	1.181.593	30,4		
		Schleswig-Holstein	608.381	602.752	127.224	21,1		
		Hamburg	674.447	666.995	91.286	13,7		
		Niedersachsen	1.904.761	1.888.669	380.017	20,1		
		Bremen	212.962	210.809	36.174	17,2		
		Nordrhein-Westfalen	4.582.183	4.541.262	772.310	17,0		
		Hessen	1.726.818	1.710.435	263.898	15,4		
		Rheinland-Pfalz	909.873	901.340	164.676	18,3		
		Baden-Württemberg	3.182.845	3.155.743	426.570	13,5		
		Bayern	3.760.520	3.730.132	566.475	15,2		
		Saarland	256.676	254.389	46.014	18,1		
		Berlin	959.369	949.883	192.065	20,2		
		Brandenburg	537.384	533.200	176.913	33,2		
		Mecklenburg-Vorpommern	365.888	362.522	130.135	35,9		
		Sachsen	1.022.603	1.015.449	339.869	33,5		
		Sachsen-Anhalt	507.989	504.167	165.574	32,8		
		Thüringen	530.434	526.404	177.037	33,6		
		Männer	14.625.508	14.529.225	2.246.793	15,5		
		Frauen	7.118.517	7.025.717	1.809.680	25,8		
		Deutsche	18.927.469	18.781.832	3.024.398	16,1		
		Ausländer	2.806.232	2.762.977	1.027.789	37,2		
		EU-Ausländer ²⁾	1.575.722	1.550.695	618.432	39,9		
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	196.230	192.997	122.388	63,4		
		Drittstaaten	1.221.173	1.203.036	407.988	33,9		
		Westbalkan ⁴⁾	242.721	239.572	80.306	33,5		
		Helfer	2.695.363	2.659.749	1.248.772	47,0		
		Fachkraft	12.341.877	12.233.499	2.469.747	20,2		
		Spezialist	3.338.691	3.315.784	227.108	6,8		
		Experte	3.368.092	3.345.908	110.846	3,3		
		31. Dezember 2019	813 Gesundh., Krankenpfl., Rettungsd., Geburtsh.	Insgesamt	509.669	503.849	51.421	10,2
				Westdeutschland	397.956	393.258	35.800	9,1
Ostdeutschland	111.707			110.585	15.621	14,1		
Schleswig-Holstein	16.402			16.212	1.935	11,9		
Hamburg	14.576			14.403	1.465	10,2		
Niedersachsen	44.803			44.187	4.997	11,3		
Bremen	4.771			4.729	427	9,0		
Nordrhein-Westfalen	113.059			111.690	9.500	8,5		
Hessen	40.526			40.044	4.907	12,3		
Rheinland-Pfalz	23.051			22.724	1.813	8,0		
Baden-Württemberg	55.260			54.650	4.287	7,8		
Bayern	77.522			76.694	5.919	7,7		
Saarland	7.986			7.925	550	6,9		
Berlin	23.765			23.533	3.725	15,8		
Brandenburg	17.907			17.761	2.478	14,0		
Mecklenburg-Vorpommern	12.872			12.768	2.094	16,4		
Sachsen	26.233			25.907	3.654	14,1		
Sachsen-Anhalt	15.794			15.635	1.874	12,0		
Thüringen	15.136			14.981	1.796	12,0		
Männer	148.788			147.920	10.721	7,2		
Frauen	360.881			355.929	40.700	11,4		
Deutsche	454.782			449.563	41.955	9,3		
Ausländer	54.763			54.165	9.436	17,4		
EU-Ausländer ²⁾	25.611			25.351	4.576	18,0		
Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	1.743			1.722	587	34,1		
Drittstaaten	29.007			28.672	4.837	16,9		
Westbalkan ⁴⁾	13.544			13.415	1.821	13,6		
Helfer	61.997			61.281	19.312	31,5		
Fachkraft	374.074			369.718	29.271	7,9		
Spezialist	54.044			53.507	2.339	4,4		
Experte	19.554			19.343	499	2,6		

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KldB 2010)

Deutschland nach Ländern

Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KldB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe			
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾	
					absolut	Anteil an Sp.1 in %
1	2	3	4			
31. Dezember 2019	821 Altenpflege	Insgesamt	211.513	208.698	59.159	28,3
		Westdeutschland	169.535	167.225	42.282	25,3
		Ostdeutschland	41.953	41.448	16.868	40,7
		Schleswig-Holstein	8.271	8.181	2.844	34,8
		Hamburg	5.356	5.279	1.118	21,2
		Niedersachsen	20.275	19.978	6.659	33,3
		Bremen	1.303	1.280	324	25,3
		Nordrhein-Westfalen	45.259	44.639	8.619	19,3
		Hessen	16.636	16.407	5.451	33,2
		Rheinland-Pfalz	9.735	9.594	2.514	26,2
		Baden-Württemberg	25.947	25.602	5.643	22,0
		Bayern	33.096	32.665	8.192	25,1
		Saarland	3.657	3.600	919	25,5
		Berlin	10.359	10.213	3.984	39,0
		Brandenburg	5.782	5.710	2.278	39,9
		Mecklenburg-Vorpommern	4.204	4.174	1.673	40,1
		Sachsen	9.298	9.202	3.903	42,4
		Sachsen-Anhalt	6.224	6.156	2.810	45,6
		Thüringen	6.086	5.993	2.220	37,0
		Männer	49.366	48.958	11.247	23,0
		Frauen	162.147	159.740	47.912	30,0
		Deutsche	177.277	174.940	44.784	25,6
		Ausländer	34.127	33.654	14.332	42,6
		EU-Ausländer ²⁾	16.434	16.176	7.500	46,4
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	1.573	1.556	1.004	64,5
		Drittstaaten	17.635	17.420	6.813	39,1
		Westbalkan ⁴⁾	7.275	7.194	2.697	37,5
		Helfer	76.125	74.996	43.508	58,0
		Fachkraft	129.062	127.443	15.398	12,1
		Spezialist	1.511	1.483	198	13,4
Experte	4.815	4.776	55	1,2		
31. Dezember 2020	Insgesamt	Insgesamt	21.632.602	21.452.043	4.005.519	18,7
		Westdeutschland	17.730.911	17.580.666	2.877.026	16,4
		Ostdeutschland	3.901.063	3.870.794	1.128.309	29,1
		Schleswig-Holstein	611.211	606.065	127.440	21,0
		Hamburg	670.041	662.703	90.564	13,7
		Niedersachsen	1.902.557	1.887.155	376.391	19,9
		Bremen	210.723	208.681	36.230	17,4
		Nordrhein-Westfalen	4.565.428	4.525.011	772.025	17,1
		Hessen	1.715.986	1.700.753	264.302	15,5
		Rheinland-Pfalz	908.885	900.972	165.366	18,4
		Baden-Württemberg	3.156.125	3.130.184	430.312	13,7
		Bayern	3.737.380	3.708.583	568.657	15,3
		Saarland	252.575	250.559	45.738	18,3
		Berlin	966.114	956.929	183.640	19,2
		Brandenburg	534.744	530.844	167.120	31,5
		Mecklenburg-Vorpommern	361.804	358.618	122.522	34,2
		Sachsen	1.011.060	1.004.622	327.142	32,6
		Sachsen-Anhalt	504.806	501.086	157.117	31,4
		Thüringen	522.535	518.695	170.768	32,9
		Männer	14.548.261	14.457.547	2.227.150	15,4
		Frauen	7.084.341	6.994.496	1.778.369	25,4
		Deutsche	18.711.705	18.571.507	2.943.651	15,9
		Ausländer	2.909.910	2.869.734	1.057.578	36,9
		EU-Ausländer ²⁾	1.616.216	1.592.113	634.772	39,9
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	223.434	220.610	130.023	58,9
		Drittstaaten	1.284.321	1.268.348	421.429	33,2
		Westbalkan ⁴⁾	256.952	254.366	79.646	31,3
		Helfer	2.677.342	2.643.745	1.233.265	46,6
		Fachkraft	12.211.916	12.108.203	2.429.465	20,1
		Spezialist	3.341.595	3.319.860	229.239	6,9
Experte	3.401.749	3.380.235	113.549	3,4		

Tabelle 3: Bestand an sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt im unteren Entgeltbereich nach ausgewählten Berufen (KidB 2010)

Deutschland nach Ländern
Zeitreihe

Stichtag	Tätigkeit nach KidB 2010	Region/Merkmale	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe					
			Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs ¹⁾			
					absolut	Anteil an Sp.1 in %		
1	2	3	4					
31. Dezember 2020	813 Gesundh., Krankenpfll., Rettungsd., Geburtsh.	Insgesamt	521.073	515.331	48.374	9,4		
		Westdeutschland	408.275	403.487	34.862	8,6		
		Ostdeutschland	112.797	111.843	13.512	12,1		
		Schleswig-Holstein	16.647	16.455	1.827	11,1		
		Hamburg	14.946	14.778	1.304	8,8		
		Niedersachsen	45.692	45.177	4.761	10,5		
		Bremen	4.886	4.833	438	9,1		
		Nordrhein-Westfalen	115.719	114.366	9.320	8,1		
		Hessen	41.990	41.580	4.715	11,3		
		Rheinland-Pfalz	23.560	23.290	1.916	8,2		
		Baden-Württemberg	56.969	56.056	4.088	7,3		
		Bayern	79.746	78.893	5.893	7,5		
		Saarland	8.120	8.059	601	7,5		
		Berlin	24.151	23.948	3.377	14,1		
		Brandenburg	18.184	18.048	2.189	12,1		
		Mecklenburg-Vorpommern	12.989	12.865	1.908	14,8		
		Sachsen	26.406	26.177	3.019	11,5		
		Sachsen-Anhalt	15.989	15.861	1.644	10,4		
		Thüringen	15.078	14.944	1.375	9,2		
		Männer	153.225	152.306	10.087	6,6		
		Frauen	367.848	363.025	38.287	10,5		
		Deutsche	456.986	451.968	39.131	8,7		
		Ausländer	63.928	63.204	9.205	14,6		
		EU-Ausländer ²⁾	27.449	27.041	4.428	16,4		
		Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	2.539	2.526	704	27,9		
		Drittstaaten	36.329	36.016	4.757	13,2		
		Westbalkan ⁴⁾	16.446	16.312	1.613	9,9		
		Helfer	65.304	64.495	18.321	28,4		
		Fachkraft	382.630	378.388	27.442	7,3		
		Spezialist	53.088	52.561	2.143	4,1		
		Experte	20.051	19.887	468	2,4		
		31. Dezember 2020	821 Altenpflege	Insgesamt	219.105	216.473	54.245	25,1
				Westdeutschland	175.952	173.752	39.665	22,8
				Ostdeutschland	43.148	42.716	14.578	34,1
				Schleswig-Holstein	8.463	8.353	2.548	30,5
				Hamburg	5.570	5.497	1.060	19,3
				Niedersachsen	20.712	20.471	6.165	30,1
				Bremen	1.312	1.296	292	22,6
				Nordrhein-Westfalen	47.728	47.097	8.099	17,2
				Hessen	17.085	16.859	5.198	30,8
				Rheinland-Pfalz	10.240	10.106	2.447	24,2
				Baden-Württemberg	26.912	26.582	5.350	20,1
				Bayern	34.093	33.689	7.603	22,6
				Saarland	3.837	3.802	903	23,8
				Berlin	10.655	10.532	3.399	32,3
				Brandenburg	5.994	5.936	2.174	36,6
				Mecklenburg-Vorpommern	4.324	4.286	1.461	34,1
Sachsen	9.584			9.497	3.197	33,7		
Sachsen-Anhalt	6.453			6.408	2.437	38,0		
Thüringen	6.138			6.057	1.910	31,5		
Männer	52.348			51.983	10.487	20,2		
Frauen	166.757			164.490	43.759	26,6		
Deutsche	180.148			177.937	39.879	22,4		
Ausländer	38.836			38.417	14.320	37,3		
EU-Ausländer ²⁾	17.801			17.590	7.438	42,3		
Asylherkunftsländer (Top 8) ³⁾	2.302			2.282	1.294	56,7		
Drittstaaten	20.972			20.764	6.860	33,0		
Westbalkan ⁴⁾	8.117			8.038	2.348	29,2		
Helfer	78.593			77.582	41.250	53,2		
Fachkraft	134.065			132.500	12.786	9,6		
Spezialist	1.516			1.500	153	10,2		
Experte	4.931			4.891	56	1,1		

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) In Anlehnung an die Definition der OECD liegt die Schwelle des unteren Entgeltbereichs bei 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe. Siehe Schwellen und Grenzen

2) incl. Vereinigtes Königreich

3) Afghanistan, Iran, Irak, Syrien, Pakistan, Somalia, Nigeria, Eritrea

4) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien

X) Aus methodischen Gründen ist ein Ausweis von Entgeltverteilungen oder Quantilen nicht sinnvoll, wenn die Zahl der Beschäftigten mit Angabe zum Entgelt unter 500 liegt.

x) Nachweis ist nicht sinnvoll.

Tabelle 5: Tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen im Bereich „Öffentliche und soziale Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“ sowie in der Gesamtwirtschaft – Bundesländer

2015, 2017-2020

Jahr	Wirtschaft insgesamt					Öffentliche und soziale Dienstleister, Erziehung, Gesundheit				
	Stunden					Stunden				
	2015	2017	2018	2019	2020	2015	2017	2018	2019	2020
Deutschland	1.401	1.389	1.387	1.383	1.332	1.321	1.311	1.309	1.306	1.272
alte Länder (ohne Berlin)	1.388	1.378	1.377	1.374	1.323	1.295	1.286	1.286	1.284	1.252
neue Länder (mit Berlin)	1.459	1.441	1.431	1.423	1.374	1.427	1.415	1.403	1.395	1.356
Baden-Württemberg	1.394	1.384	1.389	1.384	1.317	1.290	1.280	1.286	1.281	1.240
Bayern	1.408	1.391	1.393	1.390	1.335	1.291	1.276	1.279	1.275	1.240
Berlin	1.428	1.415	1.411	1.402	1.343	1.419	1.408	1.397	1.382	1.332
Brandenburg	1.477	1.456	1.444	1.439	1.395	1.441	1.432	1.414	1.411	1.372
Bremen	1.367	1.361	1.350	1.353	1.309	1.313	1.306	1.301	1.302	1.276
Hamburg	1.433	1.429	1.420	1.417	1.362	1.361	1.359	1.352	1.349	1.314
Hessen	1.397	1.390	1.388	1.383	1.327	1.312	1.311	1.310	1.308	1.272
Mecklenburg-Vorpommern	1.465	1.449	1.440	1.432	1.400	1.446	1.430	1.417	1.410	1.398
Niedersachsen	1.386	1.377	1.372	1.368	1.323	1.292	1.286	1.282	1.281	1.255
Nordrhein-Westfalen	1.367	1.358	1.355	1.354	1.311	1.288	1.280	1.277	1.277	1.249
Rheinland-Pfalz	1.371	1.359	1.360	1.352	1.307	1.276	1.266	1.266	1.263	1.235
Saarland	1.366	1.351	1.346	1.345	1.292	1.298	1.284	1.285	1.290	1.266
Sachsen	1.458	1.441	1.427	1.421	1.365	1.411	1.403	1.391	1.387	1.339
Sachsen-Anhalt	1.468	1.450	1.446	1.439	1.399	1.432	1.414	1.408	1.408	1.375
Schleswig-Holstein	1.394	1.389	1.384	1.382	1.349	1.319	1.311	1.310	1.307	1.282
Thüringen	1.482	1.457	1.441	1.430	1.388	1.441	1.426	1.412	1.399	1.374

Quelle: AK ETR (2021), Stand: Februar 2021